

Staudinger | Keiler [Hrsg.]

Fluggastrechte- Verordnung

2. Auflage



Nomos



facultas



Helbing
Lichtenhahn

NOMOS HANDKOMMENTAR

Prof. Dr. Ansgar Staudinger

Ass.-Prof. Dr. Stephan Keiler, LL.M. [Hrsg.]

Fluggastrechte- Verordnung

2. Auflage

Prof. Dr. Charlotte Achilles-Pujol, Hochschule für angewandte Wissenschaften München | **Dr. Daniel Blankenburg**, Richter am Amtsgericht, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe | **Ass.-Prof. Dr. Stephan Keiler**, LL.M., Rechtswissenschaftliche Fakultät der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien | **Prof. Dr. Ansgar Staudinger**, Universität Bielefeld



Nomos



Helbing
Lichtenhahn

Zitiervorschlag: HK-Fluggastrechte-VO/Bearbeiter Art. ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8191-1 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden)

ISBN 978-3-7190-4645-3 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

ISBN 978-3-7089-2305-5 (facultas Verlag, Wien)

2. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Die Fluggastrechte-VO hat in den letzten Jahren an ihrer erheblichen praktischen und wirtschaftlichen Bedeutung für den Binnenmarkt nichts eingebüßt. Sie markiert zudem die erste in einer Reihe von Verordnungen zur Vereinheitlichung von Passagierrechten in Form eines unmittelbar anwendbaren Rechtsaktes.

Seit ihrer Verabschiedung durch die Europäischen Gesetzgeber vor mehr als 20 Jahren stößt die Fluggastrechte-VO dabei nicht nur im Schrifttum, sondern auch bei den Reisenden auf reges Interesse. Ihre ausfüllungsbedürftigen Tatbestände, vor allem aber ihre handwerklichen Fehler sowie Lücken sind immer mehr Auslöser für Auseinandersetzungen zwischen Luftfahrtunternehmen und Fluggästen und schlussendlich auch vor den Gerichten und Schlichtungsstellen. Dies wiederum führte zu einer erheblichen Anzahl von Vorabentscheidungsersuchen aus den Mitgliedstaaten (Stand Ende Juli 2024: 380; siehe Schwerpunktbeitrag A. Statistik), insbesondere aus Deutschland und Österreich. Dem Europäischen Gerichtshof kommt hierdurch die Aufgabe zu, Auslegungszweifel zu klären und Lücken des Sekundärrechtsaktes im Wege einer teils heftig kritisierten Rechtsfortbildung zu schließen. Auch eine sekundärrechtlich bereits beschlossene Übertragung der Zuständigkeit für Vorabentscheidungsverfahren vom EuGH zum EuG bei Fragen zu Flug- und Fahrgastrechten wird daran nichts ändern können; eher im Gegenteil. Da sich die Verkehrsminister auch im Juni 2015 nicht auf eine Reform verständigen konnten und ein Gesetzgebungsverfahren nach dem Kommissionsentwurf für eine Novellierung aller fünf Fahrgastrechte-Verordnungen vom 29.11.2023 vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Pandemie mit den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 sein Ende finden könnte, bleibt die Praxis noch auf unabsehbare Zeit weiterhin an die jetzige Fassung der Fluggastrechte-VO gebunden. Einzig eine (umstrittene) Berichtigung im Jahr 2019 zu Art. 14 Abs. 2 bleibt die singuläre Änderung seit 2004. In Anbetracht der überbordenden (supra-)nationalen Judikatur sowie der zahllosen Aufsätze und Rezensionen ist der Bedarf für eine vertiefte Kommentierung und deren Aktualisierung unabweisbar.

Sie erfolgt allerdings nicht einseitig aus der Perspektive etwa der Luftfahrtindustrie oder der Passagiere, darauf legen die Herausgeber großen Wert. Vielmehr bereiten die Autoren und die Autorin in der gebotenen Distanz sowie Neutralität sämtliche Streitstände auf und beziehen darüber hinaus selbst Stellung. Der aktuelle Kommentar soll dabei nicht allein als Orientierung für Richter- wie Anwaltschaft und Justiziar in Rechtsabteilungen dienen. Er ist zugleich als Leitfaden für den immer stärker werdenden Bereich der außergerichtlichen Streitbeilegung und folglich auch für interessierte Reisende gedacht. Da die Luftbeförderung oftmals grenzüberschreitend erfolgt und damit zugleich das Internationale Zivilverfahrens- sowie Privatrecht betrifft, wird beiden Aspekten im Anschluss an die eigentliche Fluggastrechte-VO besondere Aufmerksamkeit geschenkt (siehe Schwerpunktbeiträge B. und C.). In der Kommentierung sowohl sämtlicher Artikel der Fluggastrechte-VO als etwa auch mit Blick auf die internationale Gerichtszuständigkeit greifen die Autoren Streitfragen im Schrifttum auf, analysieren aktuelle Entscheidungen der Gerichte bis hin zum Sommerbeginn 2024 und unterbreiten eigene Lösungsansätze.

An dieser Stelle möchte sich Stephan Keiler noch für die Unterstützung bei der Aktualisierung bei Stud.-Ass. Sandra Gross, LL.B. bedanken. Ansgar Staudinger wiederum bedankt sich bei seinen (ehemaligen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ebru Altun, Leah Arensmann, Hilal Aydemir, Isabel Beiderwieden, Jan Busse, Alessia Contu, Tarik Houida, Isabell Fiorito, Gianna Krauß, Linda Lübbers, André Mionso, Karim Arwin Rahimi, Rudi Ruks, Katy Runge, Franziska Scharnetzki, Luca Alicia Sprick, Timon Sprute, Nina Tröster, Emilie Voth, Fabian Wünnerke, Hilmi Yilmaz und Markus Zimmer.

Die Neuauflage des Kommentars wird hinkünftig nicht nur in der Datenbank beck-online (im Modul NomosOnline Premium), sondern in Österreich auch in der Rechtsdatenbank (RDB) im Volltext zur Verfügung stehen.

Anregungen und Kritik aus dem Leserkreis sind weiterhin jederzeit willkommen und zu richten an: <fluggastrechte@tourismusrecht.eu>

Bielefeld/Wien, im Juli 2024

*Ansgar Staudinger
Stephan Keiler*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	11
Allgemeines Literaturverzeichnis	19

Fluggastrechte-Verordnung

Artikel 1	Gegenstand	26
Artikel 2	Begriffsbestimmungen	31
Artikel 3	Anwendungsbereich	72
Artikel 4	Nichtbeförderung	108
Artikel 5	Annullierung	123
Artikel 6	Verspätung	160
Artikel 7	Ausgleichsanspruch	181
Artikel 8	Anspruch auf Erstattung oder anderweitige Beförderung ...	211
Artikel 9	Anspruch auf Betreuungsleistungen	239
Artikel 10	Höherstufung und Herabstufung	259
Artikel 11	Personen mit eingeschränkter Mobilität oder mit besonderen Bedürfnissen	270
Artikel 12	Weiter gehender Schadensersatz	277
Artikel 13	Regressansprüche	335
Artikel 14	Verpflichtung zur Information der Fluggäste über ihre Rechte	344
Artikel 15	Ausschluss der Rechtsbeschränkung	354
Artikel 16	Verstöße	360
Artikel 17	Bericht	367
Artikel 18	Aufhebung	377
Artikel 19	Inkrafttreten	377

Schwerpunktbeiträge

A.	Statistik: Verfahren zur Fluggastrechte-VO vor dem EuGH	383
B.	Internationales Zivilverfahrensrecht (IZVR)	385
C.	Internationales Privatrecht (IPR)	424
	Stichwortverzeichnis	453

Bearbeiterverzeichnis

<i>Prof. Dr. Charlotte Achilles-Pujol</i> Hochschule für angewandte Wissenschaften München	Art. 6 (fortgeführt, in der Vorauf. <i>Maruhn</i>) Art. 12–13 (fortgeführt, in der Vorauf. <i>Bollweg</i>)
<i>Dr. Daniel Blankenburg</i> Richter am Amtsgericht, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe	Art. 5
<i>Ass.-Prof. Dr. Stephan Keiler, LL.M.</i> Rechtswissenschaftliche Fakultät der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien (SFU), Leiter des Forschungsinstituts für das Recht des Tourismus, der Mobilität und der Freizeitwirtschaft (FIRTour)	Art. 7–11, 14–19 A. Statistik
<i>Prof. Dr. Ansgar Staudinger</i> Universität Bielefeld	Art. 1–4 B. Internationales Zivilverfahrensrecht C. Internationales Privatrecht

die Luftbeförderung **kein absolutes Fixgeschäft** dar.⁹⁸ Damit liegt im Falle der Nichtbeförderung keine Unmöglichkeit iSd § 275 Abs. 1 BGB vor.⁹⁹ Vielmehr behält der Fluggast seinen Beförderungsanspruch. Er kann unter den entsprechenden Voraussetzungen aber Ersatz des Verzögerungsschadens nach §§ 286, 280 BGB verlangen.¹⁰⁰ Darüber hinaus besteht für ihn die Möglichkeit, vom Vertrag gemäß § 323 Abs. 1 BGB zurückzutreten sowie etwaige, durch einen Ersatzflug entstandene, Mehrkosten als Schadensersatz statt der ganzen Leistung nach § 281 Abs. 1 BGB geltend zu machen. Eine Fristsetzung ist in beiden Fällen entbehrlich, sofern man eine relative Fixschuld bejaht.¹⁰¹ Das Verhältnis der vertraglichen Ansprüche zu denen aus der VO regelt Art. 12.

Artikel 5 Annullierung

(1) Bei Annullierung eines Fluges werden den betroffenen Fluggästen

- a) vom ausführenden Luftfahrtunternehmen Unterstützungsleistungen gemäß Artikel 8 angeboten,
- b) vom ausführenden Luftfahrtunternehmen Unterstützungsleistungen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a) und Absatz 2 angeboten und im Fall einer anderweitigen Beförderung, wenn die nach vernünftigem Ermessen zu erwartende Abflugzeit des neuen Fluges erst am Tag nach der planmäßigen Abflugzeit des annullierten Fluges liegt, Unterstützungsleistungen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben b) und c) angeboten und
- c) vom ausführenden Luftfahrtunternehmen ein Anspruch auf Ausgleichsleistungen gemäß Artikel 7 eingeräumt, es sei denn,
 - i) sie werden über die Annullierung mindestens zwei Wochen vor der planmäßigen Abflugzeit unterrichtet, oder
 - ii) sie werden über die Annullierung in einem Zeitraum zwischen zwei Wochen und sieben Tagen vor der planmäßigen Abflugzeit unterrichtet und erhalten ein Angebot zur anderweitigen Beförderung, das es ihnen ermöglicht, nicht mehr als zwei Stunden vor der planmäßigen Abflugzeit abzufliegen und ihr Endziel höchstens vier Stunden nach der planmäßigen Ankunftszeit zu erreichen, oder
 - iii) sie werden über die Annullierung weniger als sieben Tage vor der planmäßigen Abflugzeit unterrichtet und erhalten ein Angebot zur anderweitigen Beförderung, das es ihnen ermöglicht, nicht

98 BGH 28.4.2009 – Xa ZR 113/08, RRa 2009, 242 Rn. 12; zuvor bereits Staudinger RRa 2005, 249 (251 ff.); Staudinger DAR 2007, 477 (478); Staudinger RRa 2008, 183 (184 f.).

99 BGH 28.4.2009 – Xa ZR 113/08, RRa 2009, 242 Rn. 12.

100 Gebauer/Wiedmann EurZivilR/Tonner Kap. 16 Rn. 65.

101 Den Beförderungsanspruch als relatives Fixgeschäft qualifizieren: OLG Köln 6.5.2022 – 6 U 219/21, BeckRS 2022, 10440 Rn. 28; OLG Köln 26.2.2021 – 6 U 127/20, NJW 2021, 1248 Rn. 22; ebenso entschied in Österreich das LG Korneuburg 16.6.2020 – 22 R 82/20v, BeckRS 2020, 17083 Rn. 14 ff.; für ein relatives Fixgeschäft treten zudem ein: Staudinger RRa 2008, 183 (184 f.); Staudinger DAR 2007, 477 (478); Führich/Staudinger ReiseR-HdB/Führich/Achilles-Pujol § 35 Rn. 56.; MüKoBGB/Tonner BGB Anh. § 651y Rn. 71; abweichend Janköster Fluggastrechte S. 133 ff., 161; Hausmann EurFluggastR S. 452 ff., 455; Lienhard GPR 2004, 259 (263). Der BGH lehnt nur ein absolutes Fixgeschäft ab, geht aber nicht darauf ein, ob es sich zumindest um ein relatives Fixgeschäft handelt (BGH 28.4.2009 – Xa ZR 113/08, RRa 2009, 242 Rn. 12).

mehr als eine Stunde vor der planmäßigen Abflugzeit abzufliegen und ihr Endziel höchstens zwei Stunden nach der planmäßigen Ankunftszeit zu erreichen.

(2) Wenn die Fluggäste über die Annullierung unterrichtet werden, erhalten sie Angaben zu einer möglichen anderweitigen Beförderung.

(3) Ein ausführendes Luftfahrtunternehmen ist nicht verpflichtet, Ausgleichszahlungen gemäß Artikel 7 zu leisten, wenn es nachweisen kann, dass die Annullierung auf außergewöhnliche Umstände zurückgeht, die sich auch dann nicht hätten vermeiden lassen, wenn alle zumutbaren Maßnahmen ergriffen worden wären.

(4) Die Beweislast dafür, ob und wann der Fluggast über die Annullierung des Fluges unterrichtet wurde, trägt das ausführende Luftfahrtunternehmen.

Schrifttum: *Bleckat*, Auskunftsanspruch des Fluggastes nach Annullierung eines Fluges? – zugleich eine Erwiderung auf Geier, *ReiseRecht* aktuell (RRa) 2016, 218, NZV 2017, 209; *Geier*, Auskunftsanspruch des Fluggastes auf Informationen über außergewöhnliche Umstände, RRa 2016, 218; *Heger/Heger*, Die Fluggastrechteverordnung in Zeiten von Corona, NZV 2020, 338; *Heile*, Fluggastrechte bei Ankunftsverspätung wegen unbegleiteten Gepäcks, NJW 2018, 2006; *Jarec*, Gehört die Umbuchung von Passagieren zu den zumutbaren Maßnahmen nach Art. 5 Abs. 3 Fluggastrechteverordnung?, RRa 2019, 9; *Jarec*, Kein Strom in Atlanta – Anmerkungen zum Urteil des BGH v. 15.1.2019 – X ZR 15/18, RRa 2019, 153; *Klein*, Ausgleichsansprüche nach der Fluggastrechte-Verordnung bei streikbedingter Annullierung oder Verspätung, EuZW 2021, 23; *Möllring*, Der Einfluss von technischen Defekten auf Fluggastrechte, MDR 2018, 833; *Ruks/Schametzki*, Störende Passagiere als Ursache für eine Flugverspätung und die Folge für den Ausgleichsanspruch, jM 2021, 97; *Ullenboom*, Die Umbuchung von Fluggästen auf andere Flüge als „zumutbare Maßnahme“ i. S. v. Art. 5 Abs. 3 Fluggastrechteverordnung, RRa 2021, 102; *Wienbracke*, „Wilder Streik“ des Flugpersonals ist kein „außergewöhnlicher Umstand“ i. S. v. Art. 5 III FluggastrechteVO, NZV 2018, 307; *Wienbracke*, Rein abstrakte Gefahr streikbedingt unsorgfältiger Passagierkontrollen ist kein „außergewöhnlicher Umstand“ i. S. v. Art. 5 III FluggastrechteVO, NZV 2019, 135; *Wukoschitz*, Fluggastrechte im Labyrinth zwischen Dogmatik und Kasuistik, RRa 2021, 51.

Hinweis: Auf die Aufführung älterer Literatur wird verzichtet, da die Rechtsprechung des EuGH zu dynamisch ist und nicht darauf geschlossen werden kann, ob die Autoren auch unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung ihre Auffassungen noch aufrechterhalten würden.

I. Übersicht	1	c) Ausgleichsanspruch gemäß Art. 7 (lit. c) ...	17
II. Folgen der Annullierung		aa) Ausschluss gemäß sublit. i	18
(Abs. 1)	3	bb) Ausschluss gemäß sublit. ii	23
1. Begriff der Annullierung ..	4	cc) Ausschluss gemäß sublit. iii	27
a) Allgemeines	5		
b) Beförderungen in segmentierten Flügen	8		
c) Sonderkonstellationen	10		
2. Leistungspflichten des ausführenden Luftfahrtunternehmens	14	III. Informationen über die Annullierung (Abs. 2)	28
a) Unterstützungsleistungen gemäß Art. 8 (lit. a)	15	IV. Außergewöhnliche Umstände (Abs. 3)	29
b) Betreuungsleistungen gemäß Art. 9 (lit. b) ...	16	1. Allgemeines	29
		2. Anwendungsbereich	30
		3. Außergewöhnlicher Umstand	32
		4. Kausalität	35

a)	Ermessensspielraum des Piloten/Luftfahrtunternehmens	36	a)	Technische Probleme	62
aa)	Annullierung/Verlegung zur Vermeidung des Eingreifens außergewöhnlicher Umstände	37	aa)	Unbekannte Ursache für den technischen Defekt	66
bb)	Annullierung aufgrund einer Entscheidung des Kapitäns	38	bb)	Durch Dritte verursachte technische Defekte	67
b)	Mehrere (außergewöhnliche) Umstände	39	cc)	Vogelschlag	69
c)	Störungen auf Vorflügen	41	dd)	Technische Defekte durch Naturereignisse	73
5.	Vermeidbarkeit	44	b)	Störungen des Flugverkehrs durch Naturereignisse	75
a)	Bezugspunkt der Vermeidbarkeit	45	aa)	Außergewöhnlicher Umstand	76
b)	Anforderungen an die Vermeidbarkeit	47	bb)	Vermeidbarkeit	79
aa)	Maßnahmen vor Eintritt des außergewöhnlichen Umstandes	48	cc)	Spezialfall: Vereisung	82
(1)	Zeitreserve	50	c)	Streik	85
(2)	Wartungsverträge	51	aa)	Einordnung als außergewöhnlicher Umstand	86
(3)	Ersatzflugzeuge	52	bb)	Kausalität	90
(4)	Ersatzcrews	53	cc)	Vermeidbarkeit	92
bb)	Maßnahmen nach Eintritt des außergewöhnlichen Umstandes	54	d)	Politische Unruhen ...	93
(1)	Maßnahmen zur Abmilderung des außergewöhnlichen Umstandes	55	e)	Flughafeneinrichtungen und -sicherheit ...	94
(2)	Maßnahmen zur Abmilderung/Verhinderung der Annullierung/Verspätung	56	f)	Start- und Landeerlaubnis	96
6.	Fallgruppen	62	g)	Nachtlandeverbote ...	97
			h)	Flugzeitüberschreitung der Crews	99
			i)	Verhalten der Fluggäste	101
			j)	Erkrankungen	105
			aa)	Erkrankung von Passagieren	106
			bb)	Erkrankung der Crew	107
			cc)	Pandemieartige Erkrankungen	108
			7.	Darlegungs- und Beweislast	112

I. Übersicht

Art. 5 regelt die Folgen einer **Annullierung** des Fluges. Die Annullierung selbst wird nicht in Art. 5, sondern nur in Art. 2 lit. I legaldefiniert. Als Rechtsfolgen verweist Art. 5 auf die Art. 7 ff. Dem Fluggast stehen daher sowohl **Unterstützungsleistungen** gemäß Art. 8 als auch **Betreuungsleistungen** gemäß Art. 9 zu. Zudem können **Ausgleichszahlungen** gemäß Art. 7 geltend gemacht werden. Ein Anspruch bei einer Annullierung kann ausgeschlossen sein, wenn der Fluggast frühzeitig genug unterrichtet wird.

Eine zentrale Norm der Fluggastrechte-VO findet sich in **Abs. 3**. Danach ist eine Ausgleichspflicht ausgeschlossen, wenn die Annullierung auf **außergewöhnliche Umstände** zurückgeht, die sich trotz aller zumutbaren Maßnahmen nicht haben vermeiden lassen. Trotz der systematischen Verortung in Art. 5 ist die Norm nicht nur auf die Annullierung, sondern auch auf die

Verspätung anwendbar und stellt sich in der Praxis als einer der größten Streitpunkte der Fluggastrechte-VO dar.

II. Folgen der Annullierung (Abs. 1)

- 3 Kommt es zu einer Annullierung, bestimmen sich die Rechte des Fluggastes nach Art. 5 Abs. 1. Er hat die Wahl zwischen Unterstützungsleistungen, Betreuungsleistungen und einer Ausgleichszahlung.
- 4 **1. Begriff der Annullierung.** Der **Begriff** der **Annullierung** ist nicht in Art. 5, sondern in Art. 2 lit. 1 legaldefiniert. Danach ist die Annullierung die Nichtdurchführung eines geplanten Fluges, für den zumindest ein Platz reserviert war.
- 5 **a) Allgemeines.** Der geplante Flug darf nicht durchgeführt werden. Dies ist unproblematisch der Fall, wenn überhaupt **kein Flug** durchgeführt wird. Probleme hatte der Rspr. zunächst die Konstellation bereitet, wenn der Flug zwar nicht wie geplant, jedoch **unter anderen Umständen** durchgeführt wurde. Insoweit war die Annullierung von der verspäteten Durchführung des Fluges abzugrenzen. Insbesondere wenn sich der Abflug massiv verzögert hatte, war umstritten, ob eine große Verspätung zu einem bestimmten Zeitpunkt in eine Annullierung umschlagen konnte.¹ Diese Differenzierung war ursprünglich erforderlich, weil die Fluggastrechte-VO keinen Ausgleichsanspruch bei einer Verspätung vorsah. Nachdem der EuGH die **Ausgleichsansprüche** auch auf **Verspätungen** ab drei Stunden ausgedehnt hat² und auch Art. 5 Abs. 3 bei Verspätungen Anwendung findet, hat dieser Streit an Relevanz verloren (dazu → Rn. 30).
- 6 Werden die Fluggäste befördert, liegt nur dann eine Annullierung vor, wenn der ursprünglich geplante und verspätete Flug **auf einen anderen Flug verlegt** wird, dh, wenn die Planung des ursprünglichen Fluges aufgegeben wird und die Fluggäste dieses Fluges zu den Fluggästen eines anderen, ebenfalls geplanten Fluges stoßen, und zwar unabhängig von dem Flug, für den die so umgebuchten Fluggäste gebucht hatten.³ Ein Flug kann nicht als „annulliert“ angesehen werden, wenn das ausführende Luftfahrtunternehmen dessen Abflugzeit ohne sonstige Änderung des Fluges um weniger als drei Stunden verschiebt.⁴ Es kommt allein auf die objektiven Umstände an. Nicht entscheidend ist, ob der Flug als „annulliert“ oder „verspätet“ bezeichnet wird oder ob den Fluggästen zwischenzeitlich ihr Gepäck ausgehändigt wird.⁵ Bei der Bestimmung, ob noch der ursprüngliche Flug durchgeführt wird, ist es auch unerheblich, dass einzel-

1 Siehe dazu AG Charlottenburg 15.11.2005 – 218 C 290/05, NZV 2008, 303; AG Frankfurt a. M. 13.2.2007 – 30 C 2192/06, RRA 2007, 86 (87).

2 Dazu EuGH 19.11.2009 – C-402/07, C-432/07, RRA 2009, 282 (286 Rn. 40 ff., 61) – Sturgeon u.a./Condor.

3 EuGH 19.11.2009 – C-402/07, C-432/07, RRA 2009, 282 (286 Rn. 36) – Sturgeon u.a./Condor.

4 EuGH 21.10.2021 – C-395/20, RRA 2022, 84 (86 Rn. 23) – Corendon Airlines.

5 EuGH 19.11.2009 – C-402/07, C-432/07, RRA 2009, 282 (286 Rn. 37) – Sturgeon u.a./Condor; BeckOK Fluggastrechte-VO/Schmid Rn. 1.

eine Stunde. Die Zeitgrenze von einer Stunde, wenngleich sie für die Praxis recht kurz erscheint, findet anders als in der Rs. Sturgeon zumindest eine nachvollziehbare Stütze in der VO, während sich bis heute nicht vollständig erschließt, warum der EuGH in der Rs. Sturgeon zu der an sich naheliegenden Zeitgrenze von zwei Stunden bei der Ankunftsverspätung noch eine weitere Stunde addiert hat. Wenn es dem EuGH in der Rs. Sturgeon darum ging, Fluggäste mit einer Ankunftsverspätung denen mit einer Verspätung infolge Annullierung gleichzustellen, leuchtet nicht ein, warum bei einer Annullierung mehr als zwei Stunden Verspätung für eine Ausgleichszahlung ausreichen, bei einer Ankunftsverspätung hingegen mindestens drei Stunden erforderlich sein sollen.¹²⁷ Es bleibt in Anbetracht solcher Verwerfungen zu hoffen, dass der europäische Gesetzgeber zeitnah die Reform der Fluggastrechte-VO auch bezüglich dieser Frage angeht und eine systematisch nachvollziehbare Regelung schafft.

Artikel 7 Ausgleichsanspruch

(1) ¹Wird auf diesen Artikel Bezug genommen, so erhalten die Fluggäste Ausgleichszahlungen in folgender Höhe:

- a) 250 EUR bei allen Flügen über eine Entfernung von 1 500 km oder weniger,
- b) 400 EUR bei allen innergemeinschaftlichen Flügen über eine Entfernung von mehr als 1 500 km und bei allen anderen Flügen über eine Entfernung zwischen 1 500 km und 3 500 km,
- c) 600 EUR bei allen nicht unter Buchstabe a) oder b) fallenden Flügen.

²Bei der Ermittlung der Entfernung wird der letzte Zielort zugrunde gelegt, an dem der Fluggast infolge der Nichtbeförderung oder der Annullierung später als zur planmäßigen Ankunftszeit ankommt.

(2) Wird Fluggästen gemäß Artikel 8 eine anderweitige Beförderung zu ihrem Endziel mit einem Alternativflug angeboten, dessen Ankunftszeit

- a) bei allen Flügen über eine Entfernung von 1 500 km oder weniger nicht später als zwei Stunden oder
- b) bei allen innergemeinschaftlichen Flügen über eine Entfernung von mehr als 1 500 km und bei allen anderen Flügen über eine Entfernung zwischen 1 500 und 3 500 km nicht später als drei Stunden oder
- c) bei allen nicht unter Buchstabe a) oder b) fallenden Flügen nicht später als vier Stunden

nach der planmäßigen Ankunftszeit des ursprünglich gebuchten Fluges liegt, so kann das ausführende Luftfahrtunternehmen die Ausgleichszahlungen nach Absatz 1 um 50 % kürzen.

(3) Die Ausgleichszahlungen nach Absatz 1 erfolgen durch Barzahlung, durch elektronische oder gewöhnliche Überweisung, durch Scheck oder, mit schriftlichem Einverständnis des Fluggasts, in Form von Reisegutscheinen und/oder anderen Dienstleistungen.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Entfernungen werden nach der Methode der Großkreisentfernung ermittelt.

¹²⁷ So auch Staudinger RRA 2010, 10 (12); Staudinger/Busse NJW 2022, 909 Rn. 11.

Schrifttum: *Aufner*, Die neue EU-Überbuchungsverordnung, ZVR 2005, 229; *Blankenburg*, Störungen bei segmentierten Luftbeförderungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 unter Betrachtung der neuesten Rechtsprechung des EuGH und BGH, RRA 2013, 61; *Bollweg*, Die Berechnung der Dauer von Verspätungen im Luftverkehr – Zugleich Anmerkung zur Entscheidung des EuGH vom 4. September 2014, C-452/13, RRA 2014, 291; *van der Bruggen*, European air passenger rights: the concept of „flight“, euvr 2014, 233; *Directorate-General for Energy and Transport*, Information Document – Answers to Questions on the application of Regulation 261/2004, 2008, <ec.europa.eu/transport/themes/passengers/air/doc/neb/questions_answers.pdf_reg_2004_261.pdf>; *Führi*, Die Fluggastrechte der VO (EG) Nr. 261/2004 in der Praxis, MDR 2007, Sonderbeilage; *Hochstrasser*, Vom Umgang der Schweizer Gerichte mit der Verordnung (EG) Nr. 261/2004, RRA 2017, 58; *Karner/Kozioł*, Der Ersatz ideellen Schadens im österreichischen Recht und seine Reform, ÖJT 15/II/1, 2003; *Karsten/Schuster-Wolf*, Entwicklungen im EU-Passagierrecht 2013–2014, VuR 2014, 167; *Keiler*, Recht und billig beim Fliegen, ELR 2006, 266; *Keiler*, Reisemangel durch Vorverlegung des Rückfluges – Ansprüche nach der Pauschalreise-RL und der Fluggastrechte-VO, Zak 2007, 263; *Keiler*, Mut zur Lücke – die Fluggastrechte-VO zur Auslegung und Überprüfung vor dem EuGH, ZVR 2011, 228; *Keiler*, Der Vorschlag für eine Änderung der Fluggastrechte-VO – Eine Analyse aus wissenschaftlicher Sicht, RRA 2013, 163; *Keiler*, Ansprüche von Fahrgästen im Kraftomnibusverkehr, in *Binder/Eichel* (Hrsg.), Internationale Dimensionen des Wirtschaftsrechts, 2013, S.167; *Keiler*, Angekommen oder noch nicht? Der maßgebliche Zeitpunkt für die Berechnung der „Ankunftsverspätung“ im Rahmen eines Flugbeförderungsvertrages – zugleich eine Anmerkung zu EuGH Rs. C-452/13 (Germanwings/Henning), GPR 2014, 258; *Keiler*, Vorschlag: RL über Pauschal- und Bausteinreisen, ecolo 2014, 388; *Keiler*, COVID-19: Gutscheineinlösungen für Reisende, RdW 2020, 329; *Keiler*, Luxemburger Liste zum Tourismusrecht (LuxLiT), <tourismusrecht.eu/luxlit>; *Kost*, Geltungsbereich der Passagierrechtsverordnung (EG) 261/2004 aus Schweizer Sicht, SVLR-Bulletin 144/2012, 20; *Kreutziger*, Art. 8 OECD-Musterabkommen 2017, in *Wassermeyer* (Hrsg.), Doppelbesteuerung, 161. EL 2023; *Lange*, Die Auswirkungen von Leistungsstörungen beim echten Vertrag zugunsten Dritter im Rechtsbereich des Dritten, NJW 1965, 657; *Leffers*, Verbesserung der Passagierrechte, in DGR-Jahrbuch 2003, 2004; *Lienhard*, Europäisches Schuldrecht für den Flugverkehr, GPR 2003/2004, 259; *Müller-Rostin*, Haftung und Versicherung beim Code Sharing, NZV 2002, 68; *Müller-Rostin*, Von den Schwierigkeiten, eine ausgewogene Fluggastrechte-Verordnung zu schaffen, euvr 2013, 138; *Parapatitis*, Der Vertrag zugunsten Dritter, 101; *Politis*, Sturgeon und kein Ende – Zum Umgang der Gerichte mit einer möglichen Kompetenzüberschreitung des EuGH, EuZW 2014, 8; *Rennig*, Der „letzte Zielort“ iSd Art 7 Abs 1 Satz 2 der Verordnung (EG) Nr. 261/2004, RRA 2008, 58; *D. Richter*, Was bringt die neue Pauschalreise Richtlinie für den Verbraucher?, RRA 2015, 214; *Ruhwedel*, Neue Entwicklungen im Lufttransportrecht vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des Montrealer Übereinkommens, TranspR 2006, 421; *R. Schmid*, Die Rechtsprechung zur Flugverspätung und zur Änderung von Flugrouten: Zeit zum Umdenken!., RRA 2005, 151; *R. Schmid*, Die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 – Europäischer Verbraucherschutz mit Nachbesserungsbedarf, ZLW 2005, 373; *R. Schmid*, Die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 – eine „Sagrada familia“ des Fluggastrechts? Oder: Droht der Rückbau der Fluggastrechte durch den Europäischen Gerichtshof?, RRA 2008, 202; *R. Schmid*, Die „Unvollendete“: Zehn Jahre Fluggastrechte-Verordnung – Ausgewählte noch offene oder nicht befriedigend gelöste Rechtsfragen der VO (EG) Nr. 261/2004, NJW 2015, 513; *R. Schmid/Leffers*, Rechtsprobleme bei der Luftbeförderung im Rahmen von Flugpauschalreisen – Neuere Rechtsprechung aus den Jahren 1994–1997, NJW 1998, 1911; *Schmitt*, Zur Auslegung des Begriffs der „Nichtbeförderung“ bei Anschlussflügen gemäß Art. 4 der Fluggastverordnung (EG) Nr. 261/2004, VuR 2012, 457; *Schmitt*, Zwischen Lobby- und Fluggastinteressen – Zum Kommissionsentwurf COM(2013) 130 zur Novellierung der Verordnung (EG) Nr. 261/2004, VuR 2013, 277; *Staudinger*, Abgrenzung zwischen großer Verspätung und Annullierung im Luftverkehrsrecht – eine neue Aufgabe für den EuGH?, NJW 2007, 3392; *Staudinger/Schmidt-Bedun*, Neuregelung über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste, NJW 2004, 1897; *Steer/Davies/Gleave*, Evaluation of the Regulation 261/2004 – Final report/Main report, 2010, <ec.europa.eu/transport/themes/passengers/studies/doc/2010_02_evaluation_of_regulation_2612004.pdf>; *Steer/Davies/Gleave*, Exploratory study on the application and possible revision of Regulation 261/2004 – Final report, 2012, <ec.europa.eu/transport/themes/passengers/studies/doc/2012-07-exploratory-study-on-the-application-and-possible-revision-of-regulation-261-2004.pdf>; *Strauch*, Haftung aus dem Luftverkehr, in Geigel, Der Haftpflichtprozess,

28. Aufl. 2020; *Thürer/Weber/Kellerhals/Portmann* (Hrsg.), *Bilaterale Verträge I & II Schweiz – EU Handbuch*, 2007; *Tonner*, Der Vorschlag einer neuen Pauschalreiserrichtlinie, ZRP 2014, 5; *Ullenboom*, Der Begriff des „ausführenden Luftfahrtunternehmens“ nach der Fluggastrechteverordnung – Abkehr von der rein formalen Betrachtungsweise des BGH in Umgebungs-konstellationen?, NZV 2015, 319; *Ullenboom*, Der verpasste Anschlussflug – offene Rechtsfragen der Fluggastrechteverordnung, VuR 2015, 98; *Zandke-Schaffhäuser*, Praktische Probleme mit der Verordnung (EG) Nr. 261/2004, RRA 2008, 168.

I. Genese	1	IX. Mehrfache Ansprüche	32
II. Tatbestände	3	X. Halbierung der Ausgleichs-	
III. Qualifikation des Anspruchs	4	leistungen (Abs. 2)	35
IV. Verhältnis zum Montrealer		XI. Verjährung	40
Übereinkommen	13	XII. Zahlungsweise (Abs. 3)	43
V. Intention des Ausgleichs-		XIII. Entfernungsberechnung	
anspruchs	14	(Abs. 4)	49
VI. Entfernungskategorien	15	XIV. Kommissionsvorschlag 2013	50
VII. Andere Verkehrsträger	19	XV. Kommissionsvorschlag 2023	55
VIII. Umsteigeverbindung	22		

I. Genese

In Art. 4 Abs. 2 **Überbuchungs-VO** (EWG) Nr. 295/91 wurde als Rechtsfolge 1
des Tatbestandes Nichtbeförderung zusätzlich zu den Unterstützungsleistungen
des Art. 4 Abs. 1 **Überbuchungs-VO** noch unter dem Titel „Mindestausgleichs-
leistungen“ für zwei Entfernungskategorien zugesprochen: ECU 150 für Flüge
bis 3.500 km und ECU 300 (European currency unit, seit 1.1.1999 im Verhältnis
1:1 durch den Euro ersetzt) für darüber hinausgehende Strecken, wobei auf
das auf dem Flugschein (Ticket) angegebene Endziel abgestellt wurde. Der
Begriff *Mindestausgleichsleistungen* war allerdings unpräzise, da eine Kürzung
um 50 % möglich war bei einer alternativen Beförderung in Zeitgrenzen für
die Ankunft von maximal zwei Stunden Verspätung für die Mittelstrecke und
maximal vier Stunden für die Langstrecke; darüber hinaus konnten die Aus-
gleichsleistungen gemäß Abs. 4 mit der Höhe des Flugpreises zum relevanten
Endziel gedeckelt werden. Die Auszahlung hatte grundsätzlich in bar und nur
mit Einverständnis des Fluggasts in Form von Reisegutscheinen oder anderen
Dienstleistungen zu erfolgen.

Der erste **Kommissionsvorschlag 2001** für eine Fluggastrechte-VO¹ sah – 2
der **Überbuchungs-VO** folgend – ausschließlich im Falle der Nichtbeförde-
rung in Art. 7 Ausgleichsleistungen für ebendiese zwei Entfernungsgrenzen
(bis 3.500 km und darüber bis zum Zielort) als Sanktion sogar iHv 750 EUR
oder 1.500 EUR vor.² Auch der zweite **Kommissionsvorschlag 2002**³ blieb un-
verändert bei diesen Entfernungskategorien und Entschädigungshöhen. Auch
eine Reduktion um 50 % bei alternativer Beförderung im Rahmen von zwei
oder vier Stunden tatsächlicher Verspätung war bereits vorgesehen (Abs. 2),
ebenso wie eine grundsätzliche Zahlung in bar (Abs. 3); abgestellt wurde bei
der Berechnung auf den letzten Zielort (Abs. 1 S. 2) nach der Großkreisentfer-
nung anhand der Orthodromstrecke (→ Rn. 35); der EWSA hinterfragte die

1 Kommissionsvorschlag 2001, COM(2001) 784 final.

2 Zur Genese insbes. der Beträge ausf. Hausmann EurFluggastR S. 361.

3 Kommissionsvorschlag 2002, COM(2002) 717 final; vgl. Hausmann EurFluggastR S. 361.

Angemessenheit der vorgeschlagenen Beträge,⁴ das EP schließlich schlug Ausgleichsleistungen ähnlich den nun geltenden vor.⁵

II. Tatbestände

- 3 Ausgleichsleistungen nach Art. 7 stehen nun zu bei
- **Nichtbeförderung** (Art. 4 Abs. 3, → Art. 4 Rn. 25 ff.);
 - **Annullierung** und kumulativ:
 - aus anderen Gründen als wegen außergewöhnlicher Umstände (Art. 5 Abs. 3) und
 - nur bei Verständigung weniger als zwei Wochen vor der planmäßigen Abflugzeit (Art. 5 Abs. 1 lit. c sublit. i) sowie
 - ohne Angebot zur anderweitigen Beförderung innerhalb der relevanten Zeitgrenzen (sublit. ii und iii) (→ Art. 5 Rn. 3 ff.); auch eine mehr als geringfügige Vorverlegung wird als Annullierung qualifiziert;⁶
 - **Ankunftsverspätung** von tatsächlich mindestens drei Stunden aus anderen Gründen als wegen außergewöhnlicher Umstände (Art. 5 Abs. 3) per analogam nach der Rechtsprechung des EuGH⁷ (→ Art. 5 Rn. 6 f. und → Art. 6 Rn. 8 ff.); eine nur hypothetische Verspätung des gebuchten Fluges reicht nicht aus.⁸

III. Qualifikation des Anspruchs

- 4 Über die **Rechtsnatur des Anspruchs** auf Ausgleichsleistungen gibt es vielfältige Hypothesen,⁹ der überwiegende Teil der Autoren unternimmt dabei den Versuch, die Dogmatik des nationalen Schuldrechts zugrunde zu legen, was zwangsläufig zu der Erkenntnis führt, dass der Ausgleichsanspruch etwa „aus dem Blickwinkel des deutschen Rechts“ einen „Fremdkörper darstellt“.¹⁰ Der Anspruch auf Ausgleichsleistungen ist aber ein autonomer Anspruch des supra-

4 Punkt 4.1.2. StN (EWSA) 17.7.2002 (ABl. 2002 C 241, 29).

5 Standpunkt 1. Lesung (EP) 24.10.2002, P5_TA(2002)0515 (ABl. 2003 C 300 E, 557).

6 BGH 9.6.2015 – X ZR 59/14, BeckRS 2015, 10770 = WM 2015, 1306; vgl. Keiler Zak 2007, 263.

7 EuGH 19.11.2009 – verb. Rs. C-402/07 und C-432/07, ECLI:EU:C:2009:716 Rn. 41, 57 = EuZW 2013, 227 (Staudinger) = RRA 2010, 74 (Schmid) = NJW 2010, 43 – Sturgeon u.a./Condor, Böck und Lepuschitz/Air France; EuGH (GK) 23.10.2012 – verb. Rs. C-581/10 und C-629/10, ECLI:EU:C:2012:657 Rn. 29, 37 f. = EuZW 2012, 906 = RRA 2012, 272 – Nelson u.a./Lufthansa und TUI Travel u.a./CCA; Politis EuZW 2014, 8; vgl. EuGH – C-413/11, gestrichen 18.4.2013, ECLI:EU:C:2013:246 – Germanwings/Amend.

8 Schmid NJW 2015, 513 (517 f.): Eine sog. hypothetische Verspätung, bei der eine selbst gewählte Alternativbeförderung im Gegensatz zum ursprünglichen Flug nicht zu einer großen Ankunftsverspätung führt, erfüllt den Tatbestand nicht.

9 Staudinger NJW 2007, 3392 f.; Staudinger/Schmidt-Bedun NJW 2004, 1897 (1900); Aufner ZVR 2005, 229 (233); Führich MDR-Sonderbeil. 2007, 8; Führich/Staudinger ReiseR-HdB/Führich/Achilles-Pujol § 42 Rn. 2 ff.; Hausmann EurFluggastR S. 258 f.

10 Staudinger/Schmidt-Bedun NJW 2004, 1897 (1900); vgl. Leffers in DGR-JB 2003, 2004, S. 21 (31): unentschieden zwischen Schadensersatz und Gewährleistung; Lienhard GPR 2003/2004, 259 (264); Müller-Rostin evvr 2013, 138 (146); noch Führich/Staudinger ReiseR-HdB/Führich, 8. Aufl. 2019, § 42 Rn. 4.

das Luftfahrtunternehmen nicht von den Verpflichtungen nach Art. 11 und 9 (→ Art. 9 Rn. 24).

Darüber hinaus sieht auch Art. 9 Abs. 3 explizit vor, bei den **Betreuungsleistungen** (Verköstigung, Hotelunterbringung, Beförderung zwischen Flughafen und Unterbringung sowie Kommunikation) besonders auf die Bedürfnisse von PRM, Begleitpersonen und unbegleiteten Kindern zu achten. Die Vorschrift normiert damit eine gesteigerte Fürsorgepflicht des oder der betreffenden ausführenden Luftfahrtunternehmen(s) (→ Art. 9 Rn. 37).

20

V. Informationspflicht

Über die spezifischen Rechte der PRM hat das ausführende Luftfahrtunternehmen die betroffenen Fluggäste ebenso in geeigneter Weise zu informieren, auch wenn sich Art. 14 (vgl. → Art. 14 Rn. 3) eher auf die **Ansprüche** auf Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen nach der Fluggastrechte-VO bezieht. Zu beachten ist auch Art. 14 Abs. 3, der bei blinden und sehbehinderten Fluggästen entsprechend geeignete Kommunikationsmittel für die Erfüllung der Informationspflichten vorschreibt (→ Art. 14 Rn. 11).

21

VI. Kommissionsvorschlag

Der Vorschlag für eine Änderung der Fluggastrechte-VO 2013³⁴ sieht in Art. 11 einen neuen Abs. 3 vor, der die vorgeschlagenen Beschränkungen in Art. 9 Abs. 4 (Limitierung der Unterbringungskosten bei außergewöhnlichen Umständen auf drei Nächte à 100 EUR) und Abs. 5 (keine Unterbringungspflicht bei Flugstrecken von max. 250 km und mit max. 80 Sitzplätzen, wenn kein Anschlussflug) für PRM, ihre Begleitpersonen, UM sowie zusätzlich für Schwangere und Personen mit speziellen medizinischen Bedürfnissen ausnimmt (vgl. auch Erwgr. 18 Vorschlag). Dabei fällt auf, dass demgegenüber die Abs. 1 und 2 unverändert bleiben und gerade Schwangere und Personen mit speziellen medizinischen Bedürfnissen nicht einbeziehen. Der Sachstandsbericht 2014 sieht einen Abs. 2a vor, der nach Art. 10a Aufmerksamkeit für die besonderen Bedürfnisse der in Art. 11 Abs. 1 Vorschlag genannten Passagiere durch die Luftfahrtunternehmen und die Flughafenleitungsorgane bei den Flughafen-Notfallplänen verlangt.³⁵ Im Sachstandsbericht 2015 werden unter anderem neue Rechte in Bezug auf Mobilitätshilfen angesprochen.³⁶

22

Artikel 12 Weiter gehender Schadensersatz

(1) ¹Diese Verordnung gilt unbeschadet eines weiter gehenden Schadensersatzanspruchs des Fluggastes. ²Die nach dieser Verordnung gewährte Ausgleichsleistung kann auf einen solchen Schadensersatzanspruch angerechnet werden.

(2) Unbeschadet der einschlägigen Grundsätze und Vorschriften des einzelstaatlichen Rechts, einschließlich der Rechtsprechung, gilt Absatz 1 nicht

34 COM(2013) 130 final; vgl. Keiler RRA 2013, 163; Müller-Rostin euvr 2013, 138; Schmitt VuR 2013, 277.

35 Sachstandsbericht (Generalsekretariat des Rates) 26.5.2014, 9820/1/14 REV 1 und Anlage, 9820/14 ADD 1 REV 1.

36 Sachstandsbericht (Generalsekretariat des Rates) 19.5.2015, 8693/15, 2.

für Fluggäste, die nach Artikel 4 Absatz 1 freiwillig auf eine Buchung verzichtet haben.

Schrifttum: *Bollweg*, Luftverkehrsrechtliche Ausgleichsleistungen und reisevertragliche Gewährleistung, RRA 2009, 10; *Führich*, Die Fluggastrechte der VO (EG) Nr. 261/2004, MDR 2007, Sonderbeilage; *Führich*, Zur Verlegung und Verspätung von Flügen im Rahmen von Pauschalreisen und nach der Verordnung (EG) Nr. 261/2004, RRA 2007, 58; *Heile*, Virtuelle Airlines, NZV 2022, 119; *Jülicher*, Ansprüche bei Verzögerungen auf dem Weg zum Flugzeug, NJW 2022, 2231; *Kotzur/Krauß*, Die Anrechnung im Rahmen des Art. 12 Abs. 1 S. 2 FluggastrechteVO – Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteil vom 30.9.2014 – X ZR 126/13, GPR 2015, 72; *Kulhanek*, Das Verhältnis von Entschädigungsansprüchen nach der Fluggastrechte-Verordnung und dem deutschen Reisemängelrecht – Zugleich Besprechung von BGH X ZR 126/13, RRA 2015, 58; *Leffers*, Reisepreisminderung und Ausgleichsleistung nach der Verordnung (EG) Nr. 261/2004, RRA 2008, 258; *Mäsch*, Schuldrecht BT: Reisende im Schutzbereich des Vertrages zwischen Flughafen und Fluglinie, JuS 2017, 884; *Riehm*, Europäisches Privatrecht – Schuldrecht BT: Ansprüche nach Fluggastrechte-VO und reisevertragliche Minderung, JuS 2015, 831; *Rodegra*, EU-Fluggastrechte-VO – Ausgleichszahlung für Flugpassagiere, MDR 2013, 373; *Schaefer*, Der wartende Passagier – Ansprüche bei Mängeln und Verzögerungen der Luftsicherheitskontrollen, NJW 2019, 3029; *Schmitt*, Keine Anrechnung von Ausgleichsleistungen auf sonstige materielle Schadenersatzansprüche nach Art. 12 der Fluggastrechteverordnung (EG) Nr. 261/2004, VuR 2013, 437; *Sigl*, Zur Haftung von Flughafenbetreibern gegenüber Fluggästen und Besuchern, TranspR 2012, 349; *Staudinger*, „Dynamic Packaging“ als Pauschalreise und Kontrolle von Allgemeinen Reisebedingungen, LMK 2015, 369248; *Staudinger*, Artikel 12 Absatz 1 der Fluggastrechteverordnung und § 651d BGB – Zugleich Rezension zu dem Urteil des BGH vom 30.9.2014 – X ZR 126/13, RRA 2015, 62; *Staudinger/Schmidt-Bendun*, Das Zusammenspiel der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste mit völkervertraglichen, europäischen sowie nationalen Vorschriften, VersR 2004, 971; *Tonner*, Der Reisevertrag, 5. Aufl. 2007; *Tonner*, Fluggastrechte und der EuGH, VuR 2009, 209, 212; *Wagner*, Verbesserung der Fluggastrechte durch die Verordnung (EG) Nr. 261/2004, VuR 2006, 337, 339; *Wahl*, Wer zu spät kommt ... – Ausgewählte Probleme der Fluggastrechte-Verordnung in der amtsgerichtlichen Praxis, RRA 2013, 262, 268; *Weise/Schubert*, Konkurrenzen der VO (EG) Nr. 261/2004 über Entschädigungsleistungen von Fluggästen bei Verspätung, Nichtbeförderung und Annullierung zum deutschen Pauschalreiserecht, TranspR 2006, 340; *Woitkewitsch*, Rechte des Fluggasts bei Flugannullierung und -verspätung, MDR 2012, 193; *Wukoschitz*, Der ungeklärte Treppensturz eines Fluggastes – ein „Unfall“, TranspR 2022, 477.

I. Allgemeines	1	2. Ansprüche bei Nichterfüllung von Ansprüchen aus der Fluggastrechte-VO	20
II. Überblick über den Regelungsinhalt: Konkurrenz von Ansprüchen aus der Fluggastrechte-VO und dem übrigen Recht	7	IV. Konkurrierende Ansprüche	22
1. Kumulative Geltendmachung (Abs. 1 S. 1)	8	1. Ansprüche aus der Fluggastrechte-VO	22
2. Anrechnung (Abs. 1 S. 2) ..	12	2. Ansprüche aus anderen Rechtsgrundlagen	23
3. Ausschluss bei Buchungsverzicht (Abs. 2)	15	a) Ansprüche bei Nichtbeförderung, Annullierung und Abflugverspätung	23
4. Konkurrenz von Ansprüchen aus der Fluggastrechte-VO	16	aa) Ansprüche aus dem Luftbeförderungsvertrag	24
III. Anwendung des Art. 12 auf der Fluggastrechte-VO durch den EuGH unterstellte Ansprüche	17	bb) Ansprüche aus dem Pauschalreisevertrag ..	26
1. Ansprüche bei Ankunftsverspätung	17	cc) Andere Ansprüche ...	28
		b) Ansprüche bei Ankunftsverspätung ..	32

aa) Ansprüche aus dem Luftbeförderungsvertrag	32	(1) Anrechnung bei Ausgleichsleistungs- und Schadensersatzansprüchen	74
bb) Ansprüche aus dem Pauschalreisevertrag ..	34	(a) Anrechnung von Ausgleichsleistungen auf Schadensersatz	75
cc) Andere Ansprüche ...	36	(b) Anrechnung von Schadensersatz auf Ausgleichsleistungen	78
c) Ansprüche bei Nichterfüllung von Ansprüchen aus der Fluggastrechte-VO	39	(2) Anrechnung bei Ausgleichsleistungs- und Minderungsansprüchen	81
d) Ansprüche bei Downgrading	41	(3) Anrechnung bei Ausgleichsleistungs- und Aufwendungsersatzansprüchen	91
V. Kumulative Geltendmachung von Ansprüchen (Abs. 1 S. 1)	43	dd) Anrechnung bei nicht auf Ausgleichsleistungen gerichteten Ansprüchen nach der Fluggastrechte-VO	93
VI. Anrechnung (Abs. 1 S. 2)	55	(1) Anrechnung bei Erstattungsansprüchen nach Art. 8 Abs. 1 lit. a	95
1. Voraussetzungen der Anrechnung	57	(2) Anrechnung bei Erstattungsansprüchen nach Art. 10 Abs. 2	98
a) Anrechnungsberechtigung	58	(3) Anrechnung bei Schadensersatzansprüchen wegen Nichterfüllung von Ansprüchen nach der Fluggastrechte-VO ..	101
aa) Anrechnungsrecht oder Anrechnungspflicht	58	2. Vollzug der Anrechnung ..	102
bb) Anrechnungsberechtigter	59	3. Wirkung der Anrechnung	103
cc) Anrechnung bei personenverschiedenen Schuldern	65	VII. Ausschluss der Anrechnung (Abs. 2)	104
dd) Anrechnung bei personenverschiedenen Gläubigern	68		
ee) Anrechnungszeitpunkt	69		
b) Der Anrechnung unterliegende Ansprüche	70		
aa) Zahlungsansprüche ..	71		
bb) Anspruchshöhe	73		
cc) Anrechnung bei Ausgleichsleistungsansprüchen nach Art. 7	74		

I. Allgemeines

Art. 12 knüpft an Art. 9 der Vorgänger-VO (EWG) Nr. 295/91 an und schreibt diesen fort: Dabei entsprechen Art. 12 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 Fluggastrechte-VO weitgehend Art. 9 Abs. 1 und 2 VO (EWG) Nr. 295/91. Neu ist die **Anrechnungsregelung** des Art. 12 Abs. 1 S. 2, hingegen nicht die dort geregelte Problematik: Auch vor ihrer Festschreibung in Art. 12 Abs. 1 S. 2 wurde eine Anrechnung von Ausgleichsleistungen nach der VO (EWG) Nr. 295/91 und Schadensersatz aus anderen Rechtsgrundlagen in Deutschland im Allgemeinen angenommen.¹

1 LG Frankfurt a. M. 22.1.1998 – 2-24 S 193/97, RRA 1998, 125 (127); Führich NJW 1997, 1044 (1046). Vgl. Karsten/Seidenspinner ZEuP 2010, 830 (855).

- 2 Art. 12 enthält keine weitere Anspruchsgrundlage für „weiter gehende“ Ansprüche von Fluggästen.² Er regelt vielmehr die **Konkurrenz der Ansprüche** nach der Fluggastrechte-VO zu Ansprüchen des Fluggastes aus anderen Rechtsgrundlagen, sei es des Völkerrechts, sei es des Unionsrechts, sei es des nationalen Rechts.³
- 3 Die Regelung beruht hinsichtlich des Abs. 1 S. 2 auf einer deutschen Initiative. Ihr Anlass war zum einen die mangelnde Abstimmung der Fluggastrechte-VO mit dem Leistungsstörungen- und Gewährleistungsrecht, insbesondere der Pauschalreise-RL. Insoweit steht sie in engem Zusammenhang mit Art. 3 Abs. 5 und 6. Zum anderen lag ihr aber auch der Wunsch nach einer Regelung zugrunde, die mit den Grundlagen des deutschen Schadensersatzrechts weitestmöglich harmonisch ist: Es sollte der schadensersatzrechtliche Ausgleichsgedanke und das schadensersatzrechtliche Bereicherungsverbot noch weitestmöglich zur Geltung kommen, nachdem die ihnen widersprechende pauschale Ausgleichsleistung, die von der VO unabhängig von einem Schaden und seiner Höhe gewährt wird, nicht mehr zu verhindern war.⁴
- 4 Wie bei vielen Regelungen, die Gegenstand hart umkämpfter Kompromisse sind, ist auch Art. 12 nicht in jeder Hinsicht gelungen. Er regelt zwar mit der Konkurrenz von Ansprüchen nach der Fluggastrechte-VO und weiter gehenden Schadensersatzansprüchen sowie mit der Anrechnung von Ausgleichsleistungen auf solche Schadensersatzansprüche einen wichtigen Grundsatz; er ist aber ungenau und lückenhaft und lässt insbesondere zahlreiche andere Konkurrenz- und Anrechnungsfragen unerwähnt. Auch verwundert die Fassung dieser Vorschrift als Kann-Vorschrift, was dem deutschen Recht eher fremd ist. Die hieraus resultierenden Bedenken fanden in dem – überwiegend nicht juristisch besetzten – Rat der Europäischen Union kein offenes Ohr; zu weiteren Zugeständnissen in der Formulierung des Art. 12 war er nicht bereit.⁵
- 5 Die **Ungenauigkeiten** und der **fragmentarische Charakter der Vorschrift** bedingen, dass die Lösung der weiteren Konkurrenz- und Anrechnungsfragen einer Präzisierung und Ergänzung des Art. 12 im Wege der **Auslegung** bedürfen.⁶ Dieser Aufgabe hat sich die Rechtsprechung zunehmend annehmen müssen. Davon zeugen zahlreiche Zivilverfahren und mehrere Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH zu Art. 12, die allerdings zuletzt wegen Erfüllung des Anspruchs nicht mehr zur Entscheidung gekommen sind.⁷ Viele Fragen sind aber nach wie vor nicht abschließend geklärt. Eine Präzisierung und eine

2 EuGH 13.10.2011 – C-83/10, NJW 2011, 3776 (3778) = RRA 2011, 282 (285); BGH 25.3.2010 – Xa ZR 96/09, RRA 2010, 221 (224); AG Frankfurt a. M. 25.9.2012 – 30 C 1275/12 (71), RRA 2013, 28 (29); Woitek/MDR 2012, 193 (196); Richter/Monteiro GPR 2012, 199 (203); Schmid/Schürmann ZLW 2012, 229 (247); Karsten/Schuster-Wolf VuR 2012, 463 (466 f.); HdB-VerbraucherR/Meier § 18b Rn. 30; BeckOK Fluggastrechte-VO/Maruhn Rn. 4, 6; BeckOGK/Steinrötter/Bohlsen Rn. 8; Führich/Staudinger ReiseR-HdB/Führich/Achilles-Pujol § 42 Rn. 70.

3 EuGH 13.10.2011 – C-83/10, NJW 2011, 3776 (3778) = RRA 2011, 282 (285); OLG München 12.4.2012 – 7 U 4007/11; Flöthmann zfs 2012, 188 (193); Bollweg RRA 2009, 10; Hausmann EurFluggastR S. 485.

4 Dazu eingehend Bollweg RRA 2009, 10 (14 f.).

5 Dazu eingehend Bollweg RRA 2009, 10 (14 f.).

6 Hausmann EurFluggastR S. 485. Vgl. Bollweg RRA 2009, 10 ff.

7 Insbes. die Vorlageverfahren deutscher Gerichte zum EuGH: BGH 30.7.2013 – X ZR 111/12, RRA 2013, 233 (EuGH: C-475/13); LG Frankfurt a. M. 6.6.2013 – 2-24 S 208/12 (EuGH: C-431/13).

C. Internationales Privatrecht (IPR)

Schrifttum: *Bauer*, Anwendbarkeit der Brüssel Ia-VO im unechten Inlandsfall; Bindungswirkung des § 281 ZPO, jurisPR-IWR 4/2015 Anm. 2; *Behnen*, Die Haftung des falsus procurator im IPR – nach Geltung der Rom I-VO und Rom II-Verordnung, IPRax 2011, 221; *Breckheimer*, Anmerkung zu EuGH Urt. v. 28.7.2016 – C-191/15 (Verein für Konsumenteninformation/Amazon EU Sàrl), RIW 2016, 681; *Brödermann*, Paradigmenwechsel im Internationalen Privatrecht – Zum Beginn einer neuen Ära seit 17.12.2009, NJW 2010, 807; *Busse*, Ausgleichszahlungen nach Fluggastrechte-VO bei Vorverlegung eines Fluges, jurisPR-IWR 2/2022 Anm. 2; *Hartenstein*, Rom I-Entwurf und Rom II-Verordnung: Zur Bedeutung zukünftiger Änderungen im Internationalen Privatrecht für das Seerecht, TranspR 2008, 143; *von Hein*, Europäisches Internationales Deliktsrecht nach der Rom II-Verordnung, ZEuP 2009, 6; *von Hein*, Anmerkung zu EuGH Urt. v. 7.12.2010 – C-585/08 und C-144/09 (Pammer/Reederei Karl Schlüter und Alpenhof/Heller), JZ 2011, 954; *Jayme/Nordmeier*, Multimodaler Transport: Zur Anknüpfung an den hypothetischen Teilstreckenvertrag im Internationalen Transportrecht – Ist § 452a HGB Kollisions- oder Sachnorm?, IPRax 2008, 503; *Kadner Graziano*, Angehörigen- oder Trauerschmerzensgeld – die Würfel fallen, RIW 2015, 549; *Leible*, Rechtswahl im IPR der außervertraglichen Schuldverhältnisse nach der Rom II-Verordnung, RIW 2008, 257; *Looschelders*, Grenzen des Günstigkeitsprinzips bei der Anknüpfung von Verbraucherverträgen, Anmerkung zu EuGH Urt. v. 7.12.2010 – C-632/21 (JF u.a./Diamond Resorts Europe Limited (Sucursal en España) u.a.), LMK 2023, 821676; *Magnus*, Die Rom I-Verordnung, IPRax 2010, 27; *Mankowski*, Neues aus Europa zum Internationalen Privatrecht für Transportverträge: Art. 5 Rom I-VO, TranspR 2008, 339; *Mankowski*, Anmerkung zu EuGH Urt. v. 7.12.2010 – C-585/08, C-144/09 (Pammer/Reederei Karl Schlüter und Alpenhof/Heller), EWiR 2011, 111; *Mankowski*, Rechtswahlklauseln in Luftbeförderungs-AGB auf dem Prüfstand, RRA 2014, 118; *Mankowski*, Verbandsklagen, AGB-Recht und Rechtswahlklauseln in Verbraucherverträgen, NJW 2016, 2705; *Mankowski*, Rechtswahlklauseln in den AGB von Fluggesellschaften, IPRax 2019, 208; *Martiny*, Neues deutsches internationales Vertragsrecht – Das Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des Internationalen Privatrechts an die Rom I-Verordnung, RIW 2009, 737; *Papadopoulos*, Anmerkung zu EuGH Urt. v. 31.1.2019 – C-149/18 (da Silva Martins/Dekra Claims Services Portugal SA), EuZW 2019, 134; *Pfeiffer*, Neues Internationales Vertragsrecht – Zur Rom I-Verordnung, EuZW 2008, 622; *Rauscher/Pabst*, Die Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht 2008–2009, NJW 2009, 3614; *Roth*, Rechtswahlklauseln in Verbraucherverträgen – eine schwierige Sache? (zu BGH, 19.7.2012 – I ZR 40/11), IPRax 2013, 515; *Roth*, Datenschutz, Verbandsklage, Rechtswahlklauseln in Verbraucherverträgen: Unionsrechtliche Vorgaben für das Kollisionsrecht, IPRax 2017, 449; *Rugullis*, Die antizipierte Rechtswahl in außervertraglichen Schuldverhältnissen, IPRax 2008, 319; *Schröder*, Wirksamkeit formularmäßiger Rechtswahlklauseln in Luftbeförderungsverträgen im Lichte der Amazon-Doktrin, jurisPR-IWR 2/2019 Anm. 4; *Staudinger*, Anmerkung zu LG Darmstadt Urt. v. 24.4.2009 – 7 S 260/08, RRA 2009, 195; *Staudinger*, Der EuGH hat es (aus)gerichtet – Harmonie zwischen Brüssel I- und Rom I-VO, AnwBl 2011, 327; *Staudinger*, Europäisierung des § 29 Abs. 1 ZPO (zugleich Rezension von BGH, 18.1.2011, X ZR 71/10), JR 2012, 47; *Staudinger*, Anmerkung zu EuGH 31.1.2013 – C-12/11 (Denise McDonagh/Ryanair Ltd), EuZW 2013, 227; *Staudinger*, Anwendbarkeit des Verbraucherschutzgerichtsstandes der Brüssel I-VO bei Pauschalreisen im „unechten Inlandsfall“ – zugleich Anmerkung zum Vorlagebeschluss des LG Feldkirch vom 20.9.2013 3 R 233/12f, RRA 2013, 2; *Staudinger*, Gerichtsstände hiesiger Kunden gegenüber Veranstalter im Inland bei Pauschalreisen mit Auslandsbezug nach der Brüssel Ia-VO – pars pro toto für eine überschätzte ZPO, jM 2015, 46; *Staudinger*, Klauselsteller aufgepasst!, RRA 2016, 209; *Staudinger*, Zur Zession von Ansprüchen aus der Fluggastrechte-VO, jM 2016, 448; *Staudinger*, Faktische Luftbeförderer aufgepasst – vertrags- und kundenfreundliche Interpretation der Generalanwaltschaft, RRA 2017, 265; *Staudinger*, „Bitte anschnallen“: Rechtswahlklauseln von Airlines nehmen Kurs auf den EuGH – zugleich eine Anmerkung zu AG Nürnberg Beschl. v. 31.10.2018 – 19 C 1084/18, jM 2019, 134; *Staudinger*, Anmerkung zu AG Bülh Urt. v. 11.1.2019 – 2 C 106/19, NZV 2020, 47; *Staudinger*, „Scherben bringen nicht immer Glück“: Haftung nach inländischem und Verkehrssicherheits nach ausländischem Recht bei Pauschalreisen – zugleich eine Anmerkung zu BGH Urt. v. 25.06.2019 – X ZR 166/18, jM 2020, 141; *Staudinger*, Anmerkung zu OLG Köln Urt. v. 29.1.2021 – 9 U 184/20, NZV 2021, 196; *Staudinger*, Editorial: Verpasste Chance vor dem EuGH!, jurisPR-IWR 4/2021 Anm. 1; *Staudinger*, Anmerkung

zu LG München Urt. v. 25.6.2021 – 15 O 13263/20, DAR 2022, 100; *Staudinger/Busse*, Flugbegleiter und Internationales Arbeitsrecht, jurisPR-IWR 2/2020 Anm. 3; *Staudinger/Busse*, Die Entwicklung des Reiserechts im zweiten Halbjahr 2021, NJW 2022, 909; *Staudinger/Nitkowski*, Verkehrsunfälle mit Auslandsbezug – das Spannungsfeld von Art. 4 Abs. 2 und Art. 17 Rom II-VO, DAR 2020, 471; *Staudinger/Röben*, Die Entwicklung des Reiserechts im ersten Halbjahr 2015 – Pauschalreise-, Luftbeförderungs-, Reiseversicherungsrecht, NJW 2015, 2851; *Staudinger/Scharnetzki*, Pflichten von Airlines, Veranstaltern, Versicherern und Hoteliers, wenn Reisende etwa durch Pandemien im Ausland „stranden“, DAR 2021, 131; *Staudinger/Schürmann*, Die Entwicklungen des Reiserechts in den Jahren 2009/2010 – Pauschalreise-, Luftverkehrs-, Seebeförderungs-, Gastschulaufenthalts- und Reiseversicherungsrecht, NJW 2010, 2771; *Staudinger/Steinrötter*, Europäisches Internationales Privatrecht: Die Rom-Verordnungen, JA 2011, 241; *Staudinger/Steinrötter*, Verfahrens- sowie kollisionsrechtlicher Verbraucherschutz bei Online-Geschäften – Zugleich Besprechung des EuGH-Urteils vom 7.12.2010 – verb. Rs. C-585/08 und C-144/09, Pammer/Hotel Alpenhof, EWS 2011, 70; *Staudinger/Sprick*, Anmerkung zu BGH Urt. v. 15.5.2024 – VIII ZR 226/22, jurisPR-IWR 2024, iErsch.; *Steinrötter*, Anwendbares Recht bei Unterlassungsansprüchen in Bezug auf Rechtswahl- und Datenschutzklauseln von Online-Dienstleistern, jurisPR-IWR 3/2017 Anm. 3; *Stenzel/Wukoschitz/Schmid/Keiler/Staudinger/Busse*, Wir waren pünktlich, doch der Flieger war schon weg, RRA 2022, 60; *Sujecki*, Anmerkung zu EuGH Urt. v. 13.3.2014 – C-548/12 (Marc Brogssitter/Fabrication de Montres Normandes EURL u.a.), EuZW 2014, 383; *Wagner*, Die neue Rom II-Verordnung, IPRax 2008, 1; *Wagner*, Neue kollisionsrechtliche Vorschriften für Beförderungsverträge in der Rom I-Verordnung, TranspR 2008, 221; *Weller/Rentsch/Thomale*, Schmerzensgeld nach Flugzeugunglücken, NJW 2015, 1909; *Wendenburg/Schneider*, Vertraglicher Gerichtsstand bei Ansprüchen aus Delikt, NJW 2014, 1633.

I. Einleitung/Relevanz einer kollisionsrechtlichen			
Anknüpfung	1	a) Anknüpfung der Ansprüche des Reisenden aus dem Beförderungsvertrag	15
II. Art. 3 EGBGB	2		
III. Anknüpfung nach der Rom I-VO	3	aa) Anwendungsbereich des Art. 5 Abs. 2 Rom I-VO	15
1. Anwendungsbereich der Rom I-VO	3	(1) Sachlicher Anwendungsbereich	15
a) Sachlicher Anwendungsbereich	3	(2) Persönlicher Anwendungsbereich	17
aa) Zivil- und Handelssache	4	(a) „Zu befördernde Person“	17
bb) Vertragliche Ansprüche	5	(b) Beförderer	19
cc) Verbindung zum Recht verschiedener Staaten	6	bb) Subjektive Anknüpfung: Rechtswahl nach Art. 5 Abs. 2 UAbs. 2 Rom I-VO	20
b) Räumlicher Anwendungsbereich	7	(1) Gewöhnlicher Aufenthalt des zu Befördernden	28
c) Intertemporaler Anwendungsbereich	9	(2) Gewöhnlicher Aufenthalt des Beförderers ..	29
d) Verhältnis zu anderen Unionsrechtsakten und völkerrechtlichen Übereinkommen	10	(3) Hauptverwaltung des Beförderers	30
2. Art. 6 Rom I-VO – Verbraucherverträge	13	(4) Abgangsort	31
3. Art. 5 Abs. 2 Rom I-VO – Personenbeförderungsverträge	14	(5) Bestimmungsort	32
		cc) Objektive Anknüpfung	33
		(1) Recht des zu Befördernden gem. Art. 5 Abs. 2 UAbs. 1 S. 1 Rom I-VO	33

(2) Recht des Beförderers gem. Art. 5 Abs. 2 UAbs. 1 S. 2 Rom I-VO	36	d) Verhältnis zu anderen Unionsrechtsakten und völkerrechtlichen Übereinkommen	49
(3) Ausweichklausel des Art. 5 Abs. 3 Rom I- VO	37	2. Art. 4 Rom II-VO – Uner- laubte Handlung	50
b) Modifizierte Anknüp- fung: Lückenschluss der Fluggastrechte-VO	38	a) Subjektive Anknüp- fung: Rechtswahl nach Art. 14 Rom II- VO	51
aa) Notwendigkeit der Modifizierung	38	b) Objektive Anknüp- fung	52
bb) Modifiziertes Anknüpfungsmodell	39	aa) Recht des gemeinsa- men gewöhnlichen Aufenthaltes gem. Art. 4 Abs. 2 Rom II-VO	52
4. Verweisungsziel und Umfang des Vertragssta- tuts	41	bb) Recht des Erfolgsortes gem. Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO	53
IV. Anknüpfung nach der Rom II-VO	44	cc) Ausweichklausel des Art. 4 Abs. 3 Rom II- VO	54
1. Anwendungsbereich der Rom II-VO	44	3. Direktklage gegen den Ver- sicherer des Haftenden gem. Art. 18 Rom II-VO	56
a) Sachlicher Anwen- dungsbereich	44	4. Verweisungsziel und Reichweite des Statuts	57
aa) Zivil- und Handelssa- che	44	V. Prüfungsschema zur Rom I- und II-VO	59
bb) Außervertragliche Ansprüche	45		
cc) Verbindung zum Recht verschiedener Staaten	46		
b) Räumlicher Anwen- dungsbereich	47		
c) Intertemporaler Anwendungsbereich	48		

I. Einleitung/Relevanz einer kollisionsrechtlichen Anknüpfung

- 1 Auf dem Gebiet der internationalen Luftbeförderung bestehen zahlreiche vor-
rangige internationale Übereinkommen¹ und europäische Verordnungen.² Im
Geltungsbereich dieser Rechtsakte erübrigt sich in der Regel eine Bestimmung
des einschlägigen Sachrechts über das Kollisionsrecht. Ein Rückgriff auf die
internationalprivatrechtlichen Vorschriften kommt lediglich dort in Betracht,
wo die einheitsrechtlichen Regelungen und europäischen Sekundärrechtsakte
nicht anwendbar³ oder lückenhaft sind.⁴ Mit Blick auf die hier kommentier-
te Fluggastrechte-VO gilt dies v.a. für Fragen der **Verjährung** (Art. 12 lit. d

1 ZB Übereinkommen von Montreal zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Montrealer Übereinkommen)
(BGBl. 2004 II 458).

2 VO (EG) Nr. 261/2004 v. 11.2.2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs-
und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei
Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verord-
nung (EWG) Nr. 295/91 (ABl. 2004 L 46, 1); VO (EG) Nr. 2027/97 v. 9.10.1997 über die
Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen (ABl. 1997 L 285, 1), geändert durch
VO (EG) Nr. 889/2002 v. 13.5.2002 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über
die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen (ABl. 2002 L 140, 2).

3 Ferrari IntVertrR/Staudinger Rom I-VO Art. 5 Rn. 69.

4 Ferrari IntVertrR/Staudinger Rom I-VO Art. 5 Rn. 12.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten Zahlen** verweisen auf die Artikel der Fluggastrechte-VO, die **mageren** auf die Randnummern. **B** verweist auf den Schwerpunktbeitrag Internationales Zivilverfahrensrecht (IZVR), **C** auf den Schwerpunktbeitrag Internationales Privatrecht (IPR).

- Abfertigung **3 7, 14 3, 20**
 - Einfinden zur **3 6**
 - trotz verspäteten Erscheinens **3 10**
- Abfertigungszeit **3 6 f.**
- Abflug **3 34**
 - prognostizierter **9 20**
- Abflugort **8 25, 29, 45**
 - Annullierung **5 11**
- Abflugverspätung **7 22, 8 2, 32, 9 8, 12 19**
 - Betreuungsleistung **9 14**
 - Informationspflicht **14 11 f.**
- Abflugverzögerung **9 8 f.**
 - Absehbarkeit **9 9**
 - über die Nacht **9 9**
- Abflugzeit **9 19**
- Abgangsort **C 31**
- Abstandnahme vom geplanten Flug **2 55**
- Abtretungsverbot, Klausel **15 6**
- AGB **15 3**
 - Klausel **15 6, C 21 ff., 51**
- Agentur für Passagier- und Fahrgastrechte (apf) **16 11 f.**
- Aktivlegitimation **3 5**
- Albanien **19 6**
- Allgemeine Beförderungsbedingungen (ABB) **11 6, 15 3**
- Alternativbeförderung **7 33, 35, 8 33**
- Alternativflug **3 13, 8 30**
- Amazon, Rs. **C 24 ff.**
- Amtsblatt **19 8**
- Analogie, Rechtsfolgen- **7 38**
- Andere Verkehrsträger, Passagierrechte **1 4**
- Anderweitige Beförderung
 - Annullierung **5 23 ff.**
 - Beweislast **8 35**
 - Verspätung **6 6**
- Anfangsort **C 34 f.**
- Ankunftsort, Annullierung **5 11**
- Ankunftsverspätung **7 3, 8, 22, 38, 48, 8 8, 9 14, 12 32, 14 6**
 - andere Ansprüche **12 36**
 - Folkerts, Rs. **2 59**
 - Pauschalreisevertrag **12 34**
 - Vertrag zugunsten des Fluggastes **12 37**
 - Verzug **12 33**
- Ankunftszeit **7 22, 38**
- Annullierung **5 1 ff., 7 3, 8, 36, 9 5, 17 1**
 - Abflugort **5 11**
 - anderweitige Beförderung **5 23 ff.**
 - Ankunftsort **5 11**
 - Ausgleichszahlung **5 17 ff.**
 - außergewöhnliche Umstände **5 29 ff.**
 - Begriff **2 52 ff., 5 4 ff.**
 - Betreuungsleistung **5 16**
 - Ersatzbeförderung **5 13**
 - Flugabbruch **5 7**
 - Flugverlegung **5 6**
 - Folgen **5 3 ff.**
 - frühere Durchführung **5 12**
 - geplanter Flug **2 53**
 - Information **5 28**
 - Leerflug **5 10**
 - Nichtdurchführung **2 54**
 - Rechtsfolgen **2 69**
 - segmentierter Flug **5 8 f.**
 - Start-/Flugabbruch **2 61**
 - Unterrichtung **5 18 ff.**
 - Unterstützungsleistung **5 15**
 - Verspätung, Abgrenzung **2 55**
- Anrechnung **3 26, 7 14, 12 1 ff., 12 ff.**
 - andere Zahlungsansprüche **12 93 f.**
 - Anrechnungserklärung **12 56**
 - Anrechnungslage **12 56**
 - Anspruch aus nationalem Recht **12 63**
 - Anspruchshöhe **12 73**
 - anwendbares Recht **12 62 f.**
 - Aufwendungsersatzanspruch **12 91 f.**

- Ausgleichsleistung **12 55 ff.**, 74 f., 81 ff., 89, 91 f.
- Auslegung **12 83 f.**, 86 f.
- Ausschluss **12 104**
- beförderungsvertraglicher Anspruch **12 100**
- Erfüllung **12 69**
- Ersatzbeförderung **12 77**
- Erstattungsanspruch **12 95 ff.**
- Erstattungsanspruch bei Downgrading **12 98 ff.**
- Erstattungsanspruch und Schadens-/Aufwendungsersatz **12 97**
- Gesamtschuld **12 67**
- Minderungsanspruch **12 81 ff.**, 89
- Nachteil, immaterieller **12 76**
- Nachteil, materieller **12 76**
- Pauschalreise-RL **12 64**
- Schadensersatzanspruch **12 74 ff.**
- Schadensersatz auf Ausgleichsleistung **12 78 f.**
- Schadensersatz wegen Nichterfüllung **12 101**
- Überkompensation **12 68**
- unterliegende Ansprüche **12 70 ff.**
- verschiedene Vertragsgläubiger **12 68**
- verschiedene Vertragsschuldner **12 65 ff.**
- Vollzug **12 102**
- Wirkung **12 103**
- Zahlungsanspruch **12 71 f.**
- Zeitpunkt **12 69**
- Anrechnungsberechtigter **12 59 ff.**
- Schuldner **12 60**
- Anrechnungsberechtigung **12 58 ff.**
- Anrechnungsrecht, Anrechnungspflicht **12 58**
- Anrechnungslage, Anrechnungsbeziehung **12 57**
- Anschlussflug **3 8 f.**, 54, 7 10, 15, 30, 52, 8 9, 20
- Check-in **3 9**
- geringfügig verspäteter **8 23**
- Nichtbeförderung **4 8, 12**
- Umbuchung **4 10**
- verpasster **7 51**
- Anspruch
- auf Beförderungsleistung **2 27**
- außervertraglicher **C 45**
- Gerichtsstand **B 28 ff.**
- gesetzlicher **1 2**
- mehrfacher **7 33**
- reiserechtlicher **3 26**
- verschuldensunabhängiger **7 14**
- vertragliche Qualifikation **B 33 f.**
- vertraglicher **3 53, 7 5, 12, C 5**
- vertraglicher, Gerichtsstand **B 44 ff.**
- vertraglicher und faktischer Beförderer nicht identisch **B 33 f.**
- weiter gehender **12 48 ff.**
- Anspruchsgegner **3 23 f.**, **12 32**
- ausführendes Luftfahrtunternehmen **12 34**
- Gesamtschuldner **12 34**
- Reiseveranstalter **3 24, 12 34**
- Anspruchsinhaber **12 25, 32, 50**
- Fluggast **12 27**
- Anspruchskonkurrenz **12 2 ff.**, 7 ff., 19, 21 ff., 43 ff., 52, 54
- Kommissionsvorschlag 2013 **12 10**
- MÜ **12 17 f.**, 32
- WA **12 17 f.**, 32
- Antragsformular **14 1**
- Antreten eines Fluges **3 34**
- Anwendungsbereich **1 2, 7 10, 9 3, 17 7 f.**
- Binnenmarktbezug **3 52**
- Drittstaat **3 28, 51**
- ECAA-Abkommen **3 33**
- EWR **3 30**
- geografischer **7 18, 22**
- örtlicher **7 22**
- persönlicher **3 1 ff.**
- räumlicher **3 27 f.**
- räumlicher, Rom II-VO **C 47**
- räumlicher, Rom I-VO **C 7**
- sachlicher **3 25 f.**
- sachlicher, Rom II-VO **C 44 ff.**
- sachlicher, Rom I-VO **C 3 ff.**
- Schweiz **3 31**
- zeitlicher **19 1, 8 ff.**
- zeitlicher, Rom II-VO **C 48**
- zeitlicher, Rom I-VO **C 9**
- Äquivalenzgrundsatz **7 40**
- Arbeitgeber **3 5, C 17**
- Arbeitnehmer **3 5, C 17**
- Audiomedium **14 14**
- Aufenthalt, gewöhnlicher **C 28 ff.**
- Auffangwirkung **8 41**
- Aufklärung **8 6**